Johannes Schraps.
Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 03/2023

9. März

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

vor einem Jahr – am 24. Februar 2022 – hat Russland die Ukraine überfallen und den Krieg damit wieder nach Europa gebracht. Für die Frauen, Männer und Kinder in der Ukraine bedeuten Putins Großmachtfantasien unfassbares Leid, Tod und Zerstörung. Von Kriegsbeginn an hat die russische Armee gezielt Wohngebäude und zivile Infrastruktur unter Beschuss genommen und auch vor Kriegsverbrechen wie in Butscha nicht zurückgeschreckt.
Der Krieg ist nicht nur eine Zäsur für die europäische Sicherheitsordnung, die wir nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa geschaffen haben, sondern auch eine globale Zäsur. Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag den Krieg deshalb als Zeitenwende bezeichnet und in Reaktion darauf einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet. Gemeinsam mit seinen Partnern in der NATO und EU steht Deutschland geschlossen und solidarisch an der Seite der Ukraine. Wir zählen zu den größten Unterstützern der Ukraine – humanitär, wirtschaftlich, finanziell und militärisch. Über eine Million ukrainische Geflüchtete sind seit Kriegsbeginn nach Deutschland gekommen und haben hier Schutz und eine neue Perspektive gefunden.
Zugleich investieren wir mit dem Sondervermögen Bundeswehr in unsere eigene Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz verfolgt dabei stets eine klare Strategie: Im Einklang mit unseren Partnern tun wir alles Notwendige, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, ihr Selbstverteidigungsrecht auszuüben und gleichzeitig eine Eskalation zwischen Russland und der NATO zu verhindern. Damit das gelingt, sucht die Bundesregierung und auch viele Kolleg:innen unserer Fraktion regelmäßig den Austausch mit den Ländern des globalen Südens.
In der Ampel haben wir uns auf wichtige sozialpolitische Vorhaben verständigt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Teilhabe für alle zu stärken. Dazu gehören beispielsweise die Kindergrundsicherung sowie wichtige Reformen im Pflege- und Gesundheitssystem. Es geht sowohl um soziale als auch um innere und äußere Sicherheit. In den laufenden Beratungen zum nächsten Bundeshaushalt sollten diese Themen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie viele Mittel in welche Bereiche fließen, entscheidet letztlich der Deutsche Bundestag.
Die Ampel hat auch die Energieversorgung sichergestellt. Innerhalb kurzer Zeit haben wir es geschafft, Deutschland schrittweise von russischem Öl und Gas unabhängig zu machen und unsere Energiequellen zu diversifizieren. Gegen die hohen Energiepreise für Bürger:innen und Unternehmen haben wir drei Entlastungspakete in Höhe von 100 Milliarden Euro geschnürt und einen Abwehrschirm im Umfang von 200 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit finanzieren wir auch die Preisbremsen für Gas, Strom und Fernwärme, die in dieser Woche in Kraft treten. Zugleich hat die Ampel alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Planung und Genehmigung von Anlagen und Infrastruktur zu beschleunigen, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben.

Viel Spaß beim Lesen.

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Besuch der Mitgliederversammlung der Kleingärtner Hameln-Pyrmont
— Tag der Kreisjugendwehr 2023 in Holzminden
Seite 3 — 1025+1 Jahr Feier Hemmendorf
Seite 4 — Gespräch mit dem Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank Dr. Joachim Wuermeling
— Equal-Care-Day
Seite 5 — Schöffenwahl 2023
— Red-Hand-Day
Seite 6 — Stellenausschreibung für mein Berliner Büro
Seite 7 — Themenüberblick Berlin
Seite 8 — Besuchergruppe in Berlin

Ihr findet mich auch bei:

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER KLEINGÄRTNER HAMELN-PYRMONT

Bei der Bezirksversammlung der Kleingärtner Hameln-Pyrmont durfte ich ein Grußwort halten und war wieder einmal beeindruckt, das in diesem Bezirksverband 16 Kleingärtnervereine aus Hameln-Pyrmont mit insgesamt über 1400 Parzellen organisiert sind. Das ist für unseren, eigentlich ländlich geprägten, Landkreis eine stolze Zahl. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, dass alle sehr aktiv in Sachen Natur-und Umweltschutz sind. Und das schon lange bevor der Klimawandel ein zentrales Thema des weltweiten Handelns wurde. Ich bin mit vielen der Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt und unterstütze ihre Arbeit. Das mache ich gern, ist es doch wichtig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und den Klimaschutz. Kleingärten haben in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel durchlaufen. Durch Corona haben viele, auch junge Menschen wieder zurück zur Natur gefunden und wissen einen Rückzugsort für sich und ihre Kinder sehr zu schätzen. Wie wichtig auch die Gemeinschaft und der Zusammenhalt, das gemeinsame Arbeiten und die Bewegung an frischer Luft ist, haben viele Menschen während der Coronazeit sehr zu schätzen gelernt.

Laut einer bundesweiten Umfrage spielen Natur- und Umweltschutz bei Kleingärtnern eine wichtige Rolle. Befragt nach der Bedeutung, die ihr Kleingarten für sie persönlich hat, wird dies hoch geschätzt – noch vor Gesundheitsvorsorge und Freude an der Gartenarbeit. Kleingärtner leisten mit Ihren Gemeinschaften einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und ein gutes Miteinander für viele Bevölkerungsgruppen.

KREISJUGENDFEUERWEHRTAG HOLZMINDEN

Gemeinsam mit Sabine Tippelt war ich auf dem Kreisjugendfeuerwehrtag Holzminden. Zahlreiche Mitglieder aus den verschiedenen Jugendfeuerwehren des Kreises waren hierfür zusammengekommen, um das vergangene Jahr zu reflektieren und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Kreisjugendfeuerwehrwartin Aline Schwannecke hat mit einem Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen der Kreisjugendfeuerwehr Revue passieren lassen. So wurden etwa zahlreiche Wettbewerbe und Wettkämpfe ausgerichtet, aber auch gemeinsame Ausflüge und Schulungen veranstaltet. Weiterhin wurden auch neue Pläne und Projekte vorgestellt, die in den kommenden Monaten umgesetzt werden sollen. Hierbei geht es insbesondere darum, die Zusammenarbeit der Jugendfeuerwehren im Kreis zu stärken und die Jugendarbeit weiter auszubauen.

Die Mitgliederversammlung der Kreisjugendfeuerwehr Holzminden war somit ein erfolgreicher und produktiver Austausch zwischen den verschiedenen Feuerwehrjugendgruppen und ein wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der Jugendarbeit im Kreis. Gern bin ich immer wieder dabei!

1025 + 1 JAHRE HEMMENDORF

Hemmendorf – ein schönes Dorf Das ist der Slogan auf der Homepage von Hemmendorf. Und Recht haben Sie! Immer wenn ich hier durchfahre, oder bei Ihnen zu Besuch bin, freue ich mich über die schönen Häuser und die umliegende wunderschöne Landschaft.

Und die Hemmendorfer haben Geburtstag gefeiert. 1025 und ein Jahr. Das ist eine stolze Zahl. Gegründet 997 hat Hemmendorf eine bewegte Geschichte hinter sich und ist doch heute auf der Höhe der Zeit.

997 war das Leben um ein vielfaches schwerer als unser heutiges Leben. So bekamen viele Frauen in jungen Jahren schon mehrere Kinder, von denen aber viele schon in der Wiege starben. Oftmals überlebten die Frauen die Geburt ihrer Kinder auch nicht. So hatten die Menschen damals im Durchschnitt eine Lebenserwartung von 35 bis 40 Jahren.

Die Gesellschaft war stark agrarisch geprägt. Der weitaus größte Teil der Menschen wohnte in kleinen Dörfern auf dem Land, so wie auch hier in Hemmendorf sich Menschen ansiedelten. Und dafür gab es einen guten Grund: Eine stark frequentierte Handelsroute, die von der belgischen Nordseeküste beim früheren Hafen Brügge bis in die russische Stadt Nowgorod führte. Auf dieser Route wurde schon vor 2000 Jahren Handel getrieben. Unsere heutige Bundesstraße 1.

Was damals ein Segen und der Grund für Reichtum und Ansehen war, ist heute teilweise eine Belastung, wenn man das Verkehrsaufkommen bedenkt, was durch den Ort führt.

Hemmendorf hat eine lange und bewegte Geschichte hinter sich und ich bin sehr froh, dass ich dabei sein durfte, als der 1025+1 Geburtstag gefeiert wurde. Eine tolle Feierstunde in der Kirche mit einem guten Rahmenprogramm, hat die Geburtagsfeier erst rund gemacht. Ich bin mir aber auch sehr sicher, dass Hemmendorf eine gute Zukunft mit den vielen engagierten Hemmendorfern.

GESPRÄCH MIT DR. JOACHIM WUERMLING VON DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

In Berlin habe ich mich mit Dr. Joachim Wuermeling von der Deutschen Bundesbank getroffen. Dr. Joachim Wuermeling ist Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und unter anderem auch Mitglied im Aussschuss für Finanzstabilität und im EZB-Aufsichtsgremium (Supervisory Board). Also alles Themen, mit denen ich als Berichterstatter im Finanzausschuss zu tun habe. Wir haben uns bereits bei verschiedenen Anlässen und Gesprächen ausgetauscht und miteinander diskutiert. Aber solche persönliche Treffen sind sehr sinnvoll um intensiver über die verschiedenen Themen zu sprechen. Herzlichen Dank für Ihren Besuch in meinem Berliner Büro und ich freue mich über den weiteren Austausch mit der Deutschen Bundesbank.

EQUAL-CARE-DAY

Ohne Menschen, die sich sorgen und kümmern, funktionieren keine Familie und keine Gesellschaft. Es sind zumeist Frauen, die die Hauptverantwortung für Kinder, pflegebedürftige Angehörige, soziale Netzwerke und die familiäre Daseinsvorsorge übernehmen.

Besonders gravierend sind die Zahlen bei 34-Jährigen mit Kind. Täglich investieren Frauen hier doppelt so viele Stunden wie Männer für Care-Arbeit. Dabei werden gerade in dieser Zeit wichtige Weichen für das gesamte weitere Arbeitsleben bis hin zur Rente gestellt. Obwohl sich spätestens mit der Einführung des Elterngeldes mehr Männer an Care-Arbeit beteiligen, fällt es vielen von ihnen leichter, mehr bezahlte Arbeitszeit und mehr Verantwortung auf der Karriereleiter im Beruf zu übernehmen. Der heutige Equal Care Day macht auf diese riesige Baustelle bei der Gleichstellung der Geschlechter aufmerksam. Wir kämpfen für eine faire Verteilung unbezahlter Sorgearbeit und Erwerbsarbeit.

RED HAND DAY 2023

Der Red Hand Day am 12. Februar ist in vielen Ländern ein Aktionstag, an dem gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten in Krisen- und Kriegsregionen protestiert wird. Die rote Hand steht für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Mit den roten Handabdrücken wird auch an diesem Tag wie in jedem Jahr ein deutliches Signal gegen den Einsatz von Kindersoldaten gesetzt. In einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als Kindersoldaten missbraucht. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Kindersoldatinnen werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wollen wir auch in diesem Jahr ein Zeichen setzen. Die gesammelten roten Handabdrücke werden an der UN Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, Virginia Gamba, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersendet.

SCHÖFFENWAHL 2023

Der Rechtsstaat braucht dich! Deine Meinung ist wichtig. Dein gesunder Menschenverstand gesucht. Dein Gerechtigkeitsempfinden gewünscht. Bewirb dich für das Schöffenamt. Als Schöffin oder Schöffe leistest du einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Du stärkst die Demokratie und beteiligst dich an der Rechtsprechung. Interessant ist das Amt zudem. Du bist ein wichtiger Teil des Gerichtsprozesses – von der Anklage bis zum Urteil. Am Ende des Prozesses urteilst du gemeinsam mit der Berufsrichterin oder dem Berufsrichter über Schuld oder Unschuld der Angeklagten.

Alles Infos unter:
schoeffenwahl2023.de

SPD

STELLENAUSSCHREIBUNG

In meinem Berliner Abgeordnetenbüro suche ich zum nächstmöglichen Zeitpunkt und befristet bis zum Ende der 20. Wahlperiode eine/n Wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(in) (m/w/d) in Vollzeit. Wenn Ihr Interesse habt oder jemanden kennt, meldet Euch gerne. Bitte per E-Mail bis zum 20. März 2023 an johannes.schraps@bundestag.de

Stellenausschreibung
Wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(in) (m/w/d) für das Abgeordnetenbüro in Berlin

In meinem Berliner Abgeordnetenbüro suche ich zum nächstmöglichen Zeitpunkt und befristet bis zum Ende der 20. Wahlperiode eine/n

Wissenschaftliche(n) Mitarbeiter(in)
(m/w/d) in Vollzeit
(Bezahlung in Anlehnung an den TVöD Bund)

Zum Aufgabengebiet gehören u.a.:

- Inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzung des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten
- Verfassen von Pressemitteilungen, Fachartikeln, Interviews, Öffentlichkeitsarbeit, Grußwörtern und Beantwortung von Bürgeranfragen
- Unterstützung der allgemeinen Büroverwaltung und Organisation (u.a. Telefon, E-Mail, Terminkoordination, Vorbereitung von Veranstaltungen)

Ihr Profil/Voraussetzungen:

- sehr gute Kenntnisse des politischen Systems, Verständnis der parlamentarischen Abläufe
- Kenntnisse der Europapolitik
- Fähigkeit, sich schnell in komplexe Themengebiete einzuarbeiten
- Teamfähigkeit und soziale Kompetenz, Belastbarkeit und Flexibilität
- selbständige Arbeitsweise und Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten
- sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksweise
- Fähigkeit, klar und verständlich, situations- und adressatengerecht zu kommunizieren
- Inhaltliche Aufgeschlossenheit zu sozialdemokratischen Themen und Kenntnisse über die Strukturen und das inhaltliche Profil der SPD

Bei Interesse senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte als ein zusammenhängendes PDF-Dokument bis 20.März 2023 an **johannes.schraps@bundestag.de**.
Für Rückfragen steht Ihnen mein Team unter der Telefonnummer 030/227-77295 gern zur Verfügung.

Zukunftsstrategie Forschung und Innovation

Klimaschutz, Digitalisierung, Energieversorgung – die großen Herausforderungen der Zukunft lassen sich nur mit zukunftsgerichteter Forschung und Innovation bewältigen. Wir haben über die von der Bundesregierung vorgelegte „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ beraten. Entlang von klar definierten Missionen soll die Forschungs- und Innovationspolitik ressortübergreifend neu ausgerichtet werden. Dadurch soll ein Beitrag zur Transformation geleistet, die Innovationskraft gestärkt und die technologische Souveränität Deutschlands und Europas gesichert werden.

In der Strategie werden auch die Stärken und Schwächen des deutschen Forschungs- und Innovationssystems analysiert. Eine zentrale Erkenntnis: Zwar verfügt Deutschland über ein ausdifferenziertes Wissenschaftssystem, eine breite Forschungslandschaft und eine starke Wirtschaft. Allerdings kann Deutschland nicht ohne zusätzliche Anstrengungen vor allem bei Spitzentechnologien und der Digitalisierung mithalten. Beispielsweise liegen die Patentanmeldungen im Bereich der Schlüsseltechnologien im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld.

Um Forschung und Innovation zu stärken, sollen sechs Missionen verfolgt werden: Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Mobilität ermöglichen, Klimaschutz, Biodiversität und Ernährungssicherheit voranbringen, Gesundheit für alle verbessern, digitale und technologische Souveränität sichern sowie Potenziale der Digitalisierung nutzen, die Raumfahrt-, Weltraum- und Meeresforschung fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Diese Missionen sollen in sogenannten Missionsteams als agile, ressortübergreifende und themenspezifische Koordinierungs-Einheiten umgesetzt werden. Dies ist eine neue Form der interministeriellen Zusammenarbeit. In einem Monitoring soll 2025 der Umsetzungsstand der Missionen überprüft werden.

Schneller bauen durch digitalisierte Verfahren

Außerdem haben wir einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren beraten. Er ist Teil des Maßnahmenpakets zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung. Mit der Digitalisierung des Beteiligungsverfahrens soll das Verfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen modernisiert und beschleunigt werden. Künftig wird das digitale Beteiligungsverfahren das Regelverfahren für die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie für die Beteiligung der Behörden.

Vorgesehen ist außerdem, dass in bestimmten Fällen eine erneute Veröffentlichung und Einholung von Stellungnahmen bei Planänderungen oder -ergänzungen unterbleiben kann. Bei erneuter Beteiligung soll im Hinblick auf mögliche Auswirkungen von Planänderungen oder -ergänzungen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Die Kommunen sollen in diesem Fall die Dauer der Veröffentlichungsfrist im Internet und die Frist zur Stellungnahme angemessen verkürzen. Werden die Grundzüge der Planung nicht berührt, sollen die Städte und Gemeinden künftig nur noch die von einer Änderung oder Ergänzung betroffenen Teile der Öffentlichkeit und berührte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange beteiligen – es sei denn, diese Beschränkung führt nach Einschätzung der Gemeinde zu einer längeren Verfahrensdauer. Die bisherigen „Kann-Regelungen“ sollen laut Entwurf damit in „Soll-Regelungen“ geändert werden. Die Bauleitplanverfahren sollen auch dadurch beschleunigt werden, indem die Fristen zur Genehmigung bestimmter Bauleitpläne von drei Monaten auf einen Monat verkürzt werden.

Mit dem Gesetzentwurf sollen darüber hinaus Teile des Planungssicherstellungsgesetzes in das Baugesetzbuch übernommen werden. Das Planungssicherstellungsgesetz, das während der Corona-Pandemie ordnungsgemäße Planungs- und Genehmigungsverfahren ermöglicht hat, soll grundsätzlich auch für Verfahren nach dem Baugesetzbuch gelten: Es bietet alternative Verfahrensschritte, ohne dass die Beteiligten physisch anwesend sein müssen.

Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr weiter stärken

Der Bundestag hat erstmals den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes an eine Verordnung der Europäischen Union (EU) beraten. Darin geht es um die Absicherung der Rechte und Pflichten von Fahrgästen im Eisenbahnverkehr. Die Regelungen zur Anwendung der Verordnung sollen in der Eisenbahn-Verkehrsordnung konzentriert werden.

Für Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität ist vorgesehen, eine zentrale Anlaufstelle gesetzlich zu verankern, bei der sie ihren Bedarf an Hilfe beim Ein-, Aus- oder Umsteigen anmelden können und zwar unabhängig davon, mit welchen Zügen sie fahren. Alle Eisenbahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber müssen sich künftig daran beteiligen. Die Deutsche Bahn AG betreibt mit der Mobilitätsservice-Zentrale bereits eine solche Einrichtung, die jedoch auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen den Eisenbahnunter-nehmen und den Bahnhofsbetreibern beruht. Durch die gesetzliche Grundlage ist die dauerhafte Existenz einer zentralen Anlaufstelle mit Abdeckung aller Eisenbahnen sichergestellt.

Außerdem sollen die Eisenbahnunternehmen den Fahrgästen eine Form der barrierefreien elektronischen Kommunikation zur Verfügung stellen, damit diese Anträge auf Fahrpreiserstattungen oder -entschädigungen entsprechend der EU-Verordnung digital einreichen können.

BESUCHERGRUPPE AUS DEM WESERBERGLAND IN BERLIN

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva